

«Gutachter haben vorschnell geurteilt»

Feldreben Altlastenexperte Martin Forter kritisiert das positiv ausgefallene Luftqualitäts-Gutachten des Kantons

VON MICHAEL NITTAUS

Es ist das Urteil, das sich der Kanton Baselland erhofft hat: «Es liegt keine Gefährdung für die geplante temporäre Wohnnutzung vor», schreibt das Oltner Ingenieurbüro Sieber Cassina und Partner (SCP) im Schlussbericht ihres Luftqualitäts-Gutachtens zum Muttenzer Feldreben-Areal, auf dem der Bund ein grosses Registrierungszentrum für Flüchtlinge plant. Der Bericht, den die bz vor zwei Wochen publik machte, ist gestern auf der Kantons-Website veröffentlicht worden. Für Altlastenexperte Martin Forter, der sich seit Jahren für eine Totalsanierung der ehemaligen Chemiemülldeponie einsetzt, weist er aber diverse Schwächen auf.

Herr Forter, liest man als Laie die Schlussfolgerungen des Gutachtens, so scheint alles bestens ...

Martin Forter: Ja, aber aus meiner Sicht wurde es schlicht von der falschen Firma, einem Geologiebüro, erarbeitet. Um zu wissen, wie gesundheitsschädigend die Depo-niestoffe auf dem Areal sind, braucht es Toxikologen. Wenn ich ein Problem mit meinem Wasserhahn habe, lasse ich schliesslich auch keinen Zimmermann kommen.

Der Kanton hat ja ein toxikologisches Folgegutachten beim Kantonsarzt in Auftrag gegeben. Zerstreut das Ihre Bedenken?

Ein toxikologisches Gutachten ist das einzig richtige. Allerdings wird es auf den Messungen von SCP und deren methodischen Schwächen basieren. Nun zahlt der Kanton also zwei Gutachten, die nicht über alle Zweifel erhaben sind. Besser wäre es gewesen, SCP wären von Anfang an von Toxikologen unterstützt worden.

Was für Schwächen meinen Sie genau?

Die Raumluft etwa wurde soweit ersichtlich mittels der sogenannten «Head-space»-Methode untersucht. Diese eignet sich aber eher für Wasser- denn für Luftmessungen. Und die Aktivkohle-Passivsammler, die in den Gebäuden verteilt wurden, um die Schadstoff-Emissionen neun Tage lang zu messen, reichen als Analyse-Grundlage ebenfalls nicht aus. Man hätte die Luft aktiv ansaugen und die Konzentration der Proben so anreichern müssen, damit vorhandene Schadstoffe eher sichtbar werden. Mir fallen sofort rund 20 Substanzen ein, die in der Deponie Feldreben vorkommen, aber nicht im Gutachten.

Das Gutachten hält durchaus fest, dass typische Deponiegase wie Tri- oder Tetrachlorethen gefunden wurden. Aber in einer Konzentration, die weit unter den Grenzwerten liegt.

Ja, es wurden eindeutig Deponiegase nachgewiesen, die aus dem Chemiemüll von BASF, Novartis und Syngenta stam-



Im Mai soll auf dem ehemaligen Deponiegelände in Muttenz ein grosses Bundesasylzentrum eröffnet werden. Deshalb wurde nochmals die Luft getestet. BZ-ARCHIV/KEN



«Wenn alles angeblich so unbedenklich ist, warum empfehlen die Gutachter dann eine Lüftung?»

Martin Forter
Altlastenexperte

men. Um die Belastung in den zukünftigen Wohnräumen zu beurteilen, bezieht sich SCP aber auf die Maximalen Arbeitsplatzkonzentrationswerte (MAK) sowie auf die Grenzwerte der Altlastenverordnung. Das Wohnen in einem Asylzentrum - und dauert es auch nur zwei Wochen - ist aber nicht mit einem Arbeitsplatz zu vergleichen. Und die Altlastenverordnung regelt die Schadstoffe in erster Linie aus Umweltsicht. Das ist der falsche Massstab, um die Wohnsituationen auch von Kindern zu beurteilen. Ausserdem können 20 Substanzen einzeln allesamt unbedenklich sein, in Kombination miteinander dann aber doch gesundheitsschädigend wirken.

Aber ist es nicht so, dass in der Schweiz gar keine Grenzwerte für Wohnen definiert sind?

Schon, aber man hätte wenigstens zum Vergleich die Innenraumbelastungswerte nehmen können, die es zum Beispiel in Frankreich für einzelne Substanzen gibt. Eine Passivsammler-Probe im Untergeschoss wies beispielsweise 17 Mikrogramm pro Kubikmeter vom krebsauslösenden Trichlorethen auf. Das Gutachten tut dies als weitgehend vernachlässigbar ab. In Frankreich gelten im Wohnbereich bereits Werte ab 10 Mikrogramm als bedenklich und sollten reduziert werden. Würden Sie ihre Kinder an so einen Ort schicken?

Die Gutachter empfehlen ja, «bei intensivem Personenaufenthalt in den Untergeschossen allenfalls eine Lüftung einzurichten» ...

Das ist es ja: Wenn alles angeblich so unbedenklich ist, warum empfehlen sie dann eine Lüftung? Das müssen jetzt unbedingt die Toxikologen beurteilen.

Was halten Sie von der Erklärung, dass die meisten der nachgewiesenen Substanzen auf die neuen Farbanstriche oder den Strassenverkehr zurückzuführen seien?

So einfach ist es nicht, schliesslich hat die Basler Chemie unter anderem auch Farben hergestellt. Praktisch alle Substanzen, die jetzt in der Luft nachgewiesen wurden, kommen auch in der Deponie unter den Bauten vor. Die Belastung könnte also auch von dort stammen. SCP haben ein vorschnelles Urteil gefällt.

Sie lassen an dem Ingenieurbüro kein gutes Haar.

Ich staune einfach darüber, dass der Kanton wieder genau jenes Büro beauftragt hat, das sich bei ihrem letzten positiven Gutachten im November auf Messungen von 2007 gestützt hatte und deshalb in die Kritik geriet. Ich will keine Absicht unterstellen, aber es passt einfach dazu, wie der Kanton in den letzten zehn Jahren mit der Feldreben-Deponie umgegangen ist.

ASYLREGION NORDWESTSCHWEIZ

Bässlergut wird für schnellere Verfahren baulich angepasst

Was die bz nach dem Aus des geplanten Bundesasylzentrums im Liestaler Oristal bereits im Dezember schrieb, wurde gestern offiziell bestätigt: Das Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) Basel Bässlergut des Bundes wird zu einem Bundes-Verfahrenszentrum umgebaut. Gemäss einer Absichtserklärung von Bund und Kanton Basel-Stadt soll es künftig 350 Unterbringungsplätze haben - das EVZ hat heute 420. Wie das Staatssekretariat für Migration mitteilte, wird für das beschleunigte Asylverfahren neben den bestehenden Gebäuden unweit des Grenzübergangs Otterbach ein neuer Bürotrakt gebaut, da es nun weniger Betten aber mehr Büros brauche. Nebenan ist der Bund bereits in kantonale Bauten eingemietet, was auch so bleiben soll. Für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender werde dort Raum geschaffen. Das Bässlergut gehört zur Asylregion Nordwestschweiz (BS, BL, SO, AG), die insgesamt 840 der schweizweit 5000 Plätze mit einem Verfahrens- und zwei Ausschaffungszentren abdecken soll. Neben Basel bekannt ist bisher ein Ausschaffungszentrum mit 250 Plätzen im solothurnischen Flumenthal. Nach dem Aus von Liestal steht für die übrigen 240 Plätze noch kein Standort fest. (MN/SDA)

Hochburg der parteilosen Bürgerlichen

Pfeffingen Egal, wie der Kampf um die beiden letzten Sitze ausgeht: Der Gemeinderat bleibt weiterhin vollständig in bürgerlicher Hand.

VON MICHEL ECKLIN

Am 28. Februar konnten in Pfeffingen erst drei Gemeinderatssitze besetzt werden. Im zweiten Wahlgang der Gesamterneuerungswahlen am 10. April geht es um die zwei letzten Sitze im fünfköpfigen Gemeinderat. Doch egal, für wen sich die Stimmbürger entscheiden - zwei Sachen stehen jetzt schon fest: Die 2330-Seelen-Gemeinde bleibt in rein bürgerlicher Hand, und sie bleibt eine Hochburg der Parteilosen.

Bereits gewählt sind die drei Bisherigen Sven Stohler-Pfister (FDP), Ruben Perren und Ralf Klossner (beide parteilos). Die grössten Chancen, die noch zu besetzenden zwei Sitze zu ergattern,

haben Jacqueline Cueni-Meury (CVP) und Susanne Schindler (FDP). Sie kandidierten am 28. Februar als Neue und verpassten das absolute Mehr gerade mal um eine einzige, beziehungsweise um zwei Stimmen.

Cueni werde Stimmen von FDP- und SVP-Anhängern erhalten, prognostiziert Heidi Häring-Franz, Präsidentin der CVP Aesch-Pfeffingen. Und die FDP wirbt mit dem Slogan «Keine ideologischen Scheuklappen» für ihre Kandidatin Schindler. Konkurrenz erhalten die beiden Frauen von zwei parteilosen Männern, nämlich Martin Kaiser und Andreas Schärer.

Aus dieser Konstellation lässt sich jetzt schon schliessen, dass die Linke leer ausgehen wird. Denn die Parteilosen gelten allesamt als bürgerlich. Und der einzige Linke im Rennen hat

das Handtuch geworfen und tritt nicht mehr zum zweiten Wahlgang an, nämlich der Grüne Marco Agostini. Am 28. Februar war er auf dem siebten Platz gelandet. Er habe nur noch «wenig Chancen», gewählt zu werden, sagt er jetzt.

Dabei legte im ersten Wahlgang mehr als jeder dritte Pfeffinger Wähler eine Stimme für ihn ein und brachte damit zum Ausdruck, dass wenigstens ein Nicht-Bürgerlicher im Gemeinderat sitzen sollte. Ebenfalls aufgegeben hat der Grünliberale Jean Jacques Welz.

Bonus der Unabhängigen

In früheren Jahren hatte auch die SP keinen Erfolg gehabt beim Versuch, einen Gemeinderat zu stellen. Bei den diesjährigen Wahlen versuchte sie es gar nicht erst. Die wenigen linken Pfeff-

finger können immerhin auf Agostini hoffen. Der meint nämlich optimistisch: «Ich kann mir gut vorstellen, in vier Jahren nochmals anzutreten.»

Er muss wohl auch dann mit der Konkurrenz von auffallend vielen Parteilosen rechnen. So viele parteiungebundene Kandidaten, das kennt man sonst nur aus kleinen Oberbaselbieter Gemeinden. «Man kennt einander in Pfeffingen und braucht nicht unbedingt eine Partei im Rücken», erklärt CVP-Präsidentin Häring. Für Agostini ist es «fast schon ein Nachteil, in einer Partei zu sein». Denn als Unabhängiger gelte man in Pfeffingen als «bodenständiger und auf alle Seiten offen».

Die parteilosen Kandidaten rühmen tatsächlich ihre Unabhängigkeit. Schärer zum Beispiel sieht sich selber als «aufrichtige und transparente Persönlichkeit». Man kann in der Parteilosigkeit aber auch einen Nachteil sehen. Häring meint: «Man hat kein Feedback in der Partei und weiss nicht, was die Basis zu einzelnen Themen sagt.»

Neue Initiativen eingereicht
Eine Fremdsprache soll genügen

Im Baselbiet soll der erst vor wenigen Jahren eingeführte neue Fremdsprachenunterricht wieder umgekrempelt werden: Das Komitee «Starke Schule Baselland» verlangt mit zwei Volksinitiativen, dass der Kanton aus dem Fremdsprachenprojekt «Passepartout» aussteigt und zu einer einzigen Fremdsprache auf der Primarstufe zurückkehrt.

Die Initiativen sind gestern nach Angaben des Komitees mit 2209 («Passepartout») und 2141 Unterschriften (Fremdsprache) eingereicht worden. «Passepartout» nennt sich das 2012 von sechs Kantonen eingeführte Fremdsprachenprojekt, das ein spielerisches Lernen von Französisch und Englisch auf der Primarstufe vorsieht. Auf Grammatik wird weitgehend verzichtet. Die zweite Initiative fordert, dass der erst 2014 eingeführte Englisch-Unterricht auf der Primarstufe fallen gelassen wird. Englisch als zweite Fremdsprache sollen die Schüler gemäss Initiative erst in der Sekundarschule erlernen. (BZ)